



# Ostmilliarde: Bern will mit EU verhandeln

Der Bundesrat dürfte bei den Kohäsionszahlungen einen Schritt auf Brüssel zugehen. Man hofft auf eine indirekte Gegenleistung

**Stefan Bühler**

Wenn sich der Bundesrat am kommenden Freitag einmal mehr mit der Europapolitik befasst, ist der neue Aussenminister Ignazio Cassis noch nicht dabei. In dieser Konstellation ist kaum zu erwarten, dass das Regierungskollegium im wichtigsten Dossier, den Verhandlungen über ein institutionelles Abkommen, wegweisende Entscheide fällen wird.

Hingegen rückt wohl ein anderes Thema ins Zentrum der Diskussionen: die nächste Tranche sogenannter Kohäsionszahlungen zugunsten der EU-Mitgliedsstaaten in Osteuropa. Brüssel hat seit langem unmissverständlich klargemacht, dass es von der Schweiz eine weitere substanzielle Zahlung erwarte. Wie mehrere Quellen aus verschiedenen Departementen bestätigen, dürfte der Bundesrat in dieser Frage am Freitag einen ersten Schritt auf Brüssel zumachen.

Laut diesen Informationen beabsichtigt man in Bern, zu bestätigen, dass der Bund eine solche Zahlung leisten wolle. Allerdings nicht nach bisherigem Muster für entwicklungspolitische Projekte, sondern gezielter auf Bereiche, die auch im Interesse der Schweiz

liegen; namentlich für Vorhaben im Zusammenhang mit der Migrationspolitik sowie für die Berufsbildung, dies insbesondere in Ländern mit hoher Jugendarbeitslosigkeit.

Eine solche Umdeutung der Kohäsionszahlungen kann Bern jedoch nicht von sich aus, ohne Einverständnis der EU vornehmen. Deshalb sei nun beabsichtigt, mit Brüssel exploratorische Gespräche aufzunehmen, um die verschiedenen Möglichkeiten auszuloten, bestätigen mehrere mit dem Dossier vertraute Personen. Gemäss bisheriger Planung wird der Bundesrat am Freitag über dieses Vorgehen beraten.

## Das Problem mit der Börse

Die Regierung steht dabei unter einem gewissen Zeitdruck. Am 23. November wird EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker zum offiziellen Besuch in der Schweiz erwartet. Im Frühling hatte Juncker beim Besuch von Bundespräsidentin Doris Leuthard in Brüssel die Erwartung geäussert, man werde bis Ende Jahr die Verhandlungen über das Rahmenabkommen so gut wie abschliessen können.

Da dies nun aber kaum der Fall sein wird, die Schweiz vielmehr auf eine Drosselung des Verhandlungstempos drängen dürfte, «sucht der Bundesrat jetzt alles zusammen, was er Juncker beim Besuch im November präsentieren könnte, um nicht mit leeren

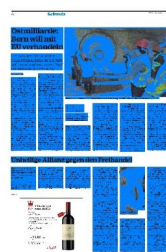
1,3 Mrd. Fr.

**So viel zahlte die Schweiz in den letzten zehn Jahren als Kohäsionsmilliarde an die neuen EU-Mitgliedsstaaten.**

Händen dazustehen», wie ein Insider sagt. Da kommt die Kohäsionsmilliarde gerade recht.

Zumal der Zeitpunkt günstig ist: Der Bundesrat hat stets erklärt, er werde diese Zahlung im Lichte der gesamten Beziehungen zwischen der EU und der Schweiz leisten. Nachdem Brüssel wichtige Dossiers wie die Nachführung des Abkommens über die technischen Handelshemmnisse oder das CO<sub>2</sub>-Abkommen diesen Sommer deblockiert hat, scheinen diese Beziehungen in einem wärmeren Licht als auch schon.

Kommt hinzu, dass sich manche Kreise in Bern und Zürich von einer neuen Dynamik bei der Kohäsionsmilliarde ein Entgegenkommen Brüssels in einem anderen Dossier erhoffen. Einem Dossier, in dem die Zeit drängt: Es geht um die Schweizer Börse. Gemäss einer neuen Brüsseler Regelung dürfen künftig Finanzdienstleister aus der EU nunmehr direkt über Börsen in Drittstaaten Geschäfte betreiben, wenn diese ein Äquivalenzverfahren der EU bestanden haben. Betroffen sind Bereiche wie Infrastruktur, Aufsicht oder Kundenschutz, die den Bestimmungen Brüssels genügen müssen. Die neue Regelung tritt bereits am 3. Januar 2018 in Kraft. Anerkennt die EU-Kommission



bis dahin die Schweizer Börse nicht als äquivalent, besteht die Gefahr, dass diese EU-Finanzdienstleister als Kunden verliert.

Auf technischer Ebene seien alle Fragen geklärt, da habe die Schweizer Börse kein Problem, heisst es. Aber noch immer ist fraglich, ob die von Juncker präsierte Kommission rechtzeitig den formellen Beschluss fassen wird. In dieser Situation hofft man in wirtschaftsnahen Kreisen auf eine gewisse beschleunigende Wirkung, sollte der Bundesrat nun die nächste Kohäsionszahlung in Aussicht stellen - obwohl

die beiden Dossiers «überhaupt nichts» miteinander zu tun haben, wie man reihum beteuert.

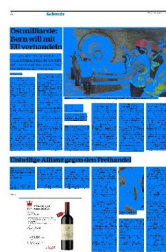
### Bilaterale nützen der EU

Der Bundesrat dürfte also auch ohne seinen neuen Kollegen Cassis über einiges zu diskutieren haben am kommenden Freitag. Dies umso mehr, als auch ein seit langem erwarteter europapolitischer Bericht in provisorischer Form auf dem Tisch liegen wird. Das Dokument steht kurz vor seiner Fertigstellung und kursiert zurzeit in den Ämtern in Bern.

Inhaltlich bringt das umfangreiche Werk laut mehreren Quellen keine grundlegend neuen Erkenntnisse: Es gelte, den bilateralen Weg zu sichern und weiterzuentwickeln, laute das Fazit. Neu sei indes ein selbstbewusster Grundton: In dem Bericht werde klar hervorgehoben, dass nicht nur die Schweiz Nutzen aus den Bilateralen ziehe. Sondern dass die Bilateralen auch für die EU und ihre Mitgliedsstaaten die weiterhin vorteilhafteste Lösung im Verhältnis zur Schweiz seien.



Unterstützt mit Geldern aus der Schweiz: Baustelle zur Erweiterung des U-Bahn-Netzes in Bukarest, Rumänien. (23. 3. 2015)



## Unheilige Allianz gegen den Freihandel

**Mehr Mitsprache für das Volk beim Freihandel: Das fordern SVP und SP. FDP und CVP halten wenig vom Vorschlag.**

**Stefan Bühler**

Neben einer Bundesratswahl ist das Geschäft etwa so unscheinbar wie ein Hausspatz neben einem radschlagenden Pfau - kein Wun-

der, fand es diese Woche in der Berichterstattung aus dem Bundeshaus kaum Beachtung: Letzten Montag hat der Nationalrat entschieden, das neue Freihandelsabkommen mit Georgien dem fakultativen Referendum zu unterstellen. Höchstwahrscheinlich wird niemand dieses Referendum ergreifen; der Vertrag ist kaum umstritten. Und doch ist dieser Entscheid ein deutlicher Fingerzeig für die künftige Wirtschaftspolitik des Bundes.

Im Zentrum der Debatte stand am Montag nämlich nicht, ob die Schweiz das Abkommen ratifizieren soll. Diskutiert wurde vielmehr, wie das Volk künftig beim Abschluss solcher Abkommen mitreden darf. Und dabei kam es zur Allianz von SP und SVP: Sie stimmten im Falle Georgiens für mehr Mitsprache, für das fakultative Referendum also, und setzten sich gegen sämtliche andere Fraktionen durch. Der Rat vollzog damit eine Abkehr von der Praxis der letzten Jahre, während denen gegen 20 Freihandelsabkommen abgeschlossen wurden, ohne sie dem Volk vorzulegen.

Konkret wurde bisher bei neuen Abkommen, die gegenüber bestehenden Verträgen mit anderen Ländern keine wichtigen Neuerungen enthielten, stets auf das fakultative Referendum verzich-

tet. Doch dann kritisierte das Bundesamt für Justiz diese Praxis als nicht gesetzeskonform. Auf Initiative von Wirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann schlug der Bundesrat deshalb eine Gesetzesänderung vor und verknüpfte diese direkt mit dem Freihandelsabkommen mit Georgien. Dieser gesetzgeberische Unterzug wurde indes bereits im Ständerat gestoppt: Die Parlamentarier verlangten, die Gesetzesänderung separat vorzulegen. Freilich dürfte die Mehrheit von FDP und CVP im Ständerat dies in der Absicht getan haben, mit der Gesetzesrevision die heutige Praxis zu festigen - das Volk also nur im Ausnahmefall einzubeziehen.

Diese Intention hat sich im Nationalrat mit der Allianz von SVP und SP nun geändert. So sagt SVP-Fraktionschef Adrian Amstutz, die SVP setze sich von jeher für die Stärkung der Volksrechte ein: «Grundsätzlich ist die SVP

der Meinung, dass bei möglichst vielen Staatsverträgen das fakultative Referendum möglich sein soll.» Amstutz verweist auf die Initiative Staatsverträge vors Volk - die nota bene mit über 75 Prozent Nein-Stimmen abgelehnt worden ist.

Angesprochen auf die ungewöhnliche Allianz mit der SVP, sagt SP-Nationalrätin Claudia Friedl (SG): «Die SVP hat eine andere Motivation als wir.» Für die SP stünden soziale und umweltpolitische Fragen im Zentrum: «Wir haben nichts gegen Freihandel, wollen aber einen fairen

Handel.» Demnach müssten die Abkommen dafür sorgen, «dass die Handelsbedingungen für die Menschen in den Partnerländern aber auch bei uns korrekt sind».



**Nationalrätin Elisabeth Schneider-Schneiter.**

CVP und FDP wollen derweil von einer Praxisänderung nichts wissen: Unterstehe jedes Abkommen dem Referendum, schwäche das die Verhandlungsposition der Schweiz; Unterhändlern und Bundesrat sei es so kaum mehr möglich, einem Verhandlungspartner verbindliche Zusagen zu machen. Die Schweiz laufe Gefahr, mit manchen Ländern gar nicht mehr in Verhandlungen steigen zu können, weil diese lieber mit andern Ländern zusammenarbeiten würden, wo ein Ergebnis einfacher zu erzielen sei.

CVP-Nationalrätin Elisabeth Schneider-Schneiter, Präsidentin der Handelskammer beider Basel, kritisiert vor allem die SVP: «Sie spielt den Linken einen Steilpass zu, die bewährte schweizerische Freihandelspolitik infrage zu stellen und damit unserer Exportindustrie zu schaden.»

Diese Kritik lässt Amstutz nicht



gelten: Er verweist auf die EU-Politik, etwa die Abkommen von Schengen und Dublin, wo die SVP bei unerwünschten Weiterentwicklungen das Staatsvertragsreferendum nutzen könnte. «Zudem hätte ein durch das Volk angenommenes Freihandelsabkommen eine umso grössere Legitimation als ein solches, welches lediglich durch Bundesrat und Parlament verabschiedet wurde.»